

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

Haftung für Schäden von mittellosen Personen

In dem Zeitungsbericht „Die Grenzen der Gerechtigkeit“, veröffentlicht in der Rhein-Zeitung vom 15. März 2018, wurde berichtet, dass ein 21-jähriger iranischer Asylbewerber am 14. Juni 2017 einen Fahrradunfall mit einer Radfahlerin verursacht hatte. Aufgrund der Mittellosigkeit und des Nichtvorhandenseins einer Privathaftpflichtversicherung des Unfallgegners wird die Geschädigte kein Schmerzensgeld oder Schadensersatz erhalten. Gegen den 21-jährigen iranischen Staatsangehörigen ist beim Amtsgericht Bingen neben dem Strafverfahren wegen der fahrlässigen Körperverletzung auch in einer anderen Sache ein Strafverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung anhängig. Zum Stichtag am 1. Oktober 2016 hatten beim Gemeindeversicherungsverband 50 Städte und Gemeinden Versicherungen für Asylbewerber und Flüchtlinge abgeschlossen. Die jährlichen Beiträge betragen 33,60 Euro pro Einzelperson und 38,40 Euro pro Familie. Begründet werden solche Abschlüsse mit der „Wahrung des sozialen Friedens“.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele und welche Kommunen in Rheinland-Pfalz haben Privathaftpflichtversicherungen für Asylbewerber und Flüchtlinge abgeschlossen?
2. Wird die Landesregierung den Kommunen in Rheinland-Pfalz empfehlen, eine Privathaftpflichtversicherung für Asylbewerber und Flüchtlinge abzuschließen? Wenn nein, warum nicht?
3. Hat die Landesregierung die Gesetzeskompetenz, einen Abschluss einer Privathaftpflichtversicherung für Asylbewerber und Flüchtlinge einzuführen?
4. Wenn Frage 3 mit nein beantwortet wird, wird die Landesregierung eine Bundesratsinitiative einreichen mit dem Ziel, dass es Pflicht wird für Asylbewerber und Flüchtlinge, eine Privathaftpflichtversicherung abzuschließen, damit die Geschädigten bei einem Schadensfall ihren Anspruch auf Schmerzensgeld und Schadensersatz bei der Versicherung geltend machen können? Wenn nein, warum nicht?
5. Wie steht die Landesregierung zu der Anregung, dass eine Bundesratsinitiative eingereicht wird mit dem Ziel, dass für alle mittellose Personen eine Privathaftpflichtversicherung abgeschlossen werden muss, damit die Geschädigten bei einem Schadensfall ihren Anspruch auf Schmerzensgeld und Schadensersatz bei der Versicherung geltend machen können?
6. Wie ist der Sachstand der Gerichtsverhandlung beim Amtsgericht Bingen gegen den 21-jährigen iranischen Staatsangehörigen?
7. Hat die Ausländerbehörde schon aufenthaltsbeendete Maßnahmen geprüft?

Matthias Lammert